# STADT LEONBERG PLANBER.04.01-2

# BEBAUUNGSPLAN

# ÖSTLICHE HAUGSTRASSE

## MASSTAB 1:500

### Verfahrensvermerke:

Als Entwurf gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt vom	29,12,75
bis . 29.1.76 Auslegung bekanntgemacht am19.12.7	5
Als Satzung gemäß § 10 BBauG vom Gemeinderat beschlos	
Genehmigt gemäß § 11 BBauG vom Reg.Präs Stat. mit Erlaß	vom . 24.6.76
Nr. 13-2210-04.01-Leonberg	
Ausgelegt gemäß § 12 BBauG ab 2.7.76—12.7.76	
Genehmigung und Auslegung bekanntgemacht am 2.7.76	• • • • • • •
Inkraftgetreten am2.7.76.	

Leonberg, den

l and and an en

Zeich	enerklärung	YYV	MMW
	oulichen Nutzung		Stumvoll
WA	Allgemeines Wohngebiet ( §4 BauNVO)		
	paulichen Nutzung		
11	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgre	nza (6 18	RauNVO)
0,3	Grundflächenzahl	1126 (3 16	, badityo)
(0,6)	Geschoßflächenzahl		
<u></u>	Bougrenzen		
. 207	offene Bauweise, nur Einzel- und Dop	pelhäuser	zuldssig (§ 22 E
	Baugrenze ( §23 Bau NVO )		
Verkehrst	1dchen (§ 9 (1) Nr. 3 BBouG )	Nutzung	sschablone
	Fahrbahnflächen ) Verkehrsflächen	Baugebiet	Zahl der Vollgeschosse
	Genwegflachen )	Grund-	Geschoss-
Grünfläch	en (§ 9 (1) Nr. 8 BBauG)	flächenz	flächenzahl
	Parkanlage Grunfläche als	-	Bauweise
A	Spielplotz Bestandteil von Verkehrsflächen	Dachforn	
Flächen f	Ur Aufschüttungen und Abgrabungen (§	9 (1) Nz	. 9 BBauG)
***************************************	Flächen für Aufschüttungen (Lärmschu-	tzwall)	
		)	
Jonatige	Darstellungen und Festsetzungen		
	Flächen für Garagen (§ 9 (1) Nr. 1e	und Nr.	12 BBauG )
Ga	Garagen		
	Mit Geh- und Leitungsrechten zu belo		dchen 11 BBauG)
		, (1) MI.	11 00000)
201200100	lr - Leitungerecht zugungten der Alle		
800_0000_00	Lr = Leitungsrecht zugunsten der Allgemeinheit		
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung		
	Grenze des räumlichen Geltungsbereich (§ 9 (5) BBauG)	nes des B	ebauungsplanes
,,,,			
14/	Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (§ 9 (1) Nr. 15 BBauG ) (Pflanzzwang)		
111			
17/	Bindungen für Bepflanzungen und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern (Baumbindung) (§ 9 (1) Nr. 16 BBauG)		
	Stellung der baulichen Anlagen (First		
	( § 9 (1) Nr. 1 b BBauG)	rituig	
403,94	bestehende Geländehöhe ( Bezugshöhe N	(N )	
V_B_404,06	Visierbruch - geplante Höhe		
	Höhenschichtlinie		action of
333			
	Flächen für Bahnanlagen (§ 9 (4) B Bau G)		

### Textliche Festsetzungen

In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

- 1. Planungsrechtliche Festsetzungen:
- 1.1 Bauliche Nutzung
- 1.11 Art der baulichen Nutzung (§§ 1 15 BauNVO)
  Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO
  Ausnahmen nach § 4, Abs. 3 BauNVO sind nicht Bestandteil des
  Bebauungsplanes (§ 1, Abs. 4 BauNVO)
- 1.12 Maß der baulichen Nutzung (§§ 16 21 BauNVO) siehe Planeinschrieb
- 1.13 Zahl der Vollgeschosse (§ 18 BauNVO) siehe Planeinschrieb
- 1.2 Bauweise (§ 22 BauNVO) siehe Planeinschrieb
- 1.3 Stellung der baulichen Anlagen (§ 9, Abs. 1 Nr. 1b BBauG) Firstrichtung wie im Plan eingezeichnet
- 1.4 Leitungsrechte (§ 9 (1) Nr. 11 BBauG)
  Die ausgewiesenen Leitungsrechte (Lr) gelten zugunsten der Allgemeinheit.
- 1.5 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern (§ 9 (1) Nr. 15 und Nr. 16 BBauG)
  - a) Im Bereich der öffentlichen Grünfläche im Ostteil des Bebauungsplanes ist der vorhandene Baumbestand zu erhalten bzw. mit bodenständigen Gehölzarten zu ergänzen. Für die bestehenden Freiflächen nördlich des bestehenden Wäldchens wird eine Bepflanzung mit bodenständigen Bäumen und Sträuchern festgesetzt.
  - b) Für den westlich der öffentlichen Grünfläche gelegenen Teil des bestehenden Wäldchens wird innerhalb des im Lageplan mit Baumbindung (Bb) festgesetzten Bereichs die Erhaltung des vorhandenen Baumbestandes vorgeschrieben. Wegfallende Bäume oder Sträucher sind durch gleichwertige zu ersetzen.
  - c) Der geplante Lärmschutzwall nördlich der Eisenbahnlinie ist zu begrünen und mit bodenständigen Bäumen und Sträuchern fachgerecht zu bepflanzen (Pflanzzwang Pz). Durch die Festsetzungen zu Ziff. 1.5 a und b soll der Charakter eines Feldgehölzes erhalten werden.
- 1.6 Aufschüttungen und Abgrabungen (§ 9 (1) Nr. 9 BBauG)
  Im Bereich der öffentlichen Grünfläche und im Bereich der
  Flächen mit der Festsetzung einer Baumbindung (Bb) sind
  Aufschüttungen und Abgrabungen nicht zulässig.
- 1.7 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind (§ 9, Abs. 3 BBauG)
  Der gesamte Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird gem.
  § 9 (3) BBauG als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen Verkehrslärm erforderlich sind (siehe Hinweis).

- 2. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 111 LBO)
- 2.1 Gebäudehöhen
  Als Höhenbegrenzung wird eine Parallele im Abstand von 6 m
  zum bestehenden Gelände festgelegt. Diese Linie darf von
  keinem Gebäudeteil mit Ausnahme der schrägen Dachflächen
  überschritten werden (siehe Schnittzeichnung).
- 2.2 Dachform
  Satteldach, 25° 35° Dachneigung
  Ausnahmsweise sind abweichende Dachformen als einhüftige
  Satteldächer mit abweichender Dachneigung zulässig (siehe
  Schnitt)
- 2.3 Stromversorgung
  Die Stromversorgung erfolgt durch Verkabelung
- Nachrichtlich übernommene Festsetzungen

  Der auf den Flurstücken Nr. 5458 und 5460 bestehende Waldbestand ist im Waldverzeichnis eingetragen.

### Hinweis - Lärmschutz

Im gesamten Gebiet werden die Planungsrichtpegel nach DIN 18005 überschritten.

Für den Bereich südlich der verlängerten Paulinenstraße und westlich der Paulinenstraße ist durch vorgezogene Wandscheiben im Verlauf der nördlichen Gebäudefront sicherzustellen, daß keine direkte Sichtverbindung von den nach Osten und Westen orientierten Wohnund Schlafräumen zur Bundesautobahn möglich ist.

und Schlafräumen zur Bundesautobahn möglich ist. Für den überbaubaren Bereich im Osten des Bebauungsplanes auf Flst. Nr. 5460 ist durch die Aufschüttung des geplanten Lärmschutzwalles entlang der Bahnlinie sicherzustellen, daß keine Sichtverbindung zur Eisenbahn möglich ist.

Durch diese Maßnahmen wird erreicht, daß der Immissionspegel vor den Fenstern der Aufenthaltsräume 50 dB(A) nicht überschreitet. Darüberhinaus sind bei der Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen zum Schutze gegen Verkehrslärm erforderlich, die so beschaffen sein müssen, daß in den Aufenthaltsräumen der Gebäude eine mindestens 10 dB(A) betragende Lärmminderung gegenüber dem gebietsbezogenen Planungsrichtpegel nach Tabelle 4 der Vornorm DIN 18005 dauernd gewährleistet ist.

Auf das Lärmgutachten des Ing.-Büros Dr. K. Bender und D.H. Stahl vom Januar 1974 und die Geländeschnitte des Stadtplanungsamtes vom 6.11.1975 wird hingewiesen.

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes treten im Geltungsbereich alle bisherigen Vorschriften außer Kraft.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Landesbauordnung vom 20. 6. 1972.

#### Gefertigt:

### Aufgestellt:

Leonberg, den 6. 11. 1975 Leonberg, den 6. 11. 1975 H.J. Ludmann, Architekta Stadtplanungsamt

